

Sicherung von Beschäftigung und Gestaltung der sozialen Zukunft Europas

Programm der deutschen EU-Präsidentschaft für das erste Halbjahr 2007

Auszug

Europa ist mehr als wirtschaftliche Effizienz und Marktwirtschaft: die europäische Integration hat auch eine soziale Dimension, die für viele Menschen am Beitrag der EU zur Schaffung von Beschäftigung und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erkennbar wird. Darüber hinaus muss die EU ihren Beitrag leisten, die europäische Lebensweise und Identität, die Wertvorstellungen einer sozialen Ordnung in der Ära der Globalisierung und des schnellen demographischen Wandels zu sichern und fortzuentwickeln. Insbesondere durch eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit sollen die Mitgliedstaaten sowie die EU ihr Engagement für das soziale Europa deutlich machen. Dies ist von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der europäischen Integration bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Weiterentwicklung des Europäischen Sozialmodells

Die Europäische Sozialagenda unterstreicht, dass Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen. Die Agenda soll Sicherheit im Wandel schaffen. Ziel ist es, die für den Arbeitsmarkt notwendige Flexibilität mit sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zu verbinden („Flexicurity“). Ein Schwerpunkt des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten soll auf der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt liegen.

Die Debatte um das europäische Sozialmodell ist mit konkreten Inhalten zu füllen. Im Rahmen einer Ministerkonferenz zur Zukunft des europäischen Sozialmodells soll die positive Wechselwirkung der drei Politikbereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales durch konkrete Beispiele einer erfolgreichen Verzahnung sichtbar gemacht werden.

Europäische Gesetzesvorhaben sollten künftig öffentlich stärker wahrgenommen und auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden. Hier wird die Präsidentschaft einen besonderen Akzent setzen.

Zur Stärkung der Arbeitnehmermobilität wird Deutschland insbesondere die Arbeiten an der Richtlinie zur Übertragbarkeit von Betriebsrenten fortführen und dabei gleichzeitig auf den Schutz gewachsener nationaler Betriebsrentensysteme achten.

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern soll die systematische Evaluierung europäischer Arbeitsschutzrichtlinien eingeleitet bzw. fortgesetzt werden. Es bedarf der Klärung, ob die Ziele einzelner Richtlinien richtig gewählt wurden, die in den Richtlinien eingesetzten Instrumente geeignet sind, die in der betrieblichen Praxis angestrebte positive Wirkung zu entfalten und ob bzw. wo Handlungsbedarf besteht. Die Präsidentschaft wird die Arbeiten an der Gemeinschaftsstrategie zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz aufnehmen.

Chance und Herausforderung des demografischen Wandels

Der demografische Wandel wird die Gesellschaften der EU-Staaten in den kommenden Jahrzehnten vor komplexe Herausforderungen stellen. Auf der einen Seite beinhaltet die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung Potenziale für Staat, Gesellschaft und Familie. Auf der anderen Seite wird der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung sinken. Weniger Kinder und junge Menschen können weniger Wohlstand, weniger Dynamik, weniger Innovation und weniger Lebensqualität bedeuten.

Vor diesem Hintergrund ist die Gestaltung des demografischen Wandels ein zentrales Thema für unsere Gesellschaften. Auf EU-Ebene soll der Erfahrungsaustausch intensiviert werden, wie die Potenziale und das Erfahrungswissen der älteren Generation für Wirtschaft und Gesellschaft besser genutzt und wie die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer nachhaltig erhöht werden können. Deutschland beabsichtigt, den Diskussionsprozess über das wirtschaftliche Potenzial älterer Menschen auf europäischer Ebene fortzuführen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in vielen Teilen Europas ist deren Integration in den Arbeitsmarkt prioritär. Gemeinsam mit den europäischen Partnern wird der deutsche Vorsitz den Europäischen Pakt für die Jugend und das europäische Programm „Jugend in Aktion“ umsetzen, die einen umfassenden Rahmen zur außerschulischen Förderung der Jugend bieten. Der Vorsitz strebt konkrete Beschlüsse zur besseren sozialen Integration insbesondere auch benachteiligter junger Menschen an.

Erfolgreiche und nachhaltige Familienpolitik ist Voraussetzung dafür, dass der in vielen Mitgliedstaaten der Union bestehende Trend zu einer immer geringeren Geburtenrate umgekehrt werden kann. Die Präsidentschaft möchte daher zu nachhaltiger Familienpolitik einen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene initiieren und strebt die Verabschiedung einer „Europäischen Allianz für Familien“ an.

(...)

Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe am Arbeitsmarkt

Im Rahmen des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit 2007 kommt der Gewährleistung gleicher Chancen aller Bevölkerungsgruppen eine besondere Bedeutung zu. Die deutsche Präsidentschaft wird das Projekt eines Europäischen Gleichstellungsinstituts weiter befördern. Die „Roadmap für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006 bis 2010“ ist auf der europäischen und der nationalen Ebene umzusetzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu unterstützen. Im Rahmen eines informellen Ministertreffens ist vorgesehen, Maßnahmen zur „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit“ und zur „Integration und Qualifizierung von Frauen mit Migrationshintergrund“ zu beraten. Bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie wird der Vorsitz besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit bei der Beschäftigung benachteiligter Personengruppen richten.

Nach: Bundestagsdrucksache 16/3680 vom 30.11.2006 "Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam", S.8-9

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://djp.bundestag.de/btd/16/036/1603680.pdf>

Unter www.eu2007.bmas.de informiert eine Sonder-Internetseite ab Januar 2007 ausführlich über Themen, Aktivitäten und Ziele des Ministeriums für Arbeit und Soziales während der deutschen Präsidentschaft.

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

